

# **FrauenMachtPolitik**

## **Ergebnisse der frauenpolitischen Konferenz vom 30.10.2006**

### **Arbeitsgruppe „Kinderbetreuung / Bildung“**

Ein wichtiges frauenpolitisches Thema ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die dazu erforderliche familienergänzende Kinderbetreuung.

Aus diesem Grund wurde im Rahmen der frauenpolitischen Konferenz diesem Politikfeld eine eigene Arbeitsgruppe gewidmet.

Der Einstieg wurde mit der Power-Point-Präsentation: „Fahrplan in die Zukunft – die richtigen Weichen stellen“ gestaltet (s. Anlage).

Zunächst wurde der aktuelle Stand der Kinderbetreuung und Bildung in Deutschland aufgezeigt und mit anderen europäischen Ländern verglichen.

Es zeigte sich, dass die Familienpolitik vor allem in den skandinavischen Ländern und Frankreich schon über Jahrzehnte dazu beiträgt, dass Beruf und Familie gut zu vereinbaren sind. Es entwickelte sich dadurch in diesen Ländern ein Familienmodell sowie ein Wertesystem, in dem die erwerbstätige Mutter als der Normalfall gilt.

Neuere Entwicklungen in Deutschland - wie die Zahlung eines Elterngeldes – wurden in der Arbeitsgruppe als Beginn eines gesellschaftlichen und kulturellen Richtungswechsel gewürdigt, der nötig ist, den Anforderungen von Familien gerecht zu werden sowie die Potenziale von Frauen voll auszuschöpfen. Die heutigen Frauengenerationen verfügen über ein hohes Bildungsniveau. Das Beschäftigungsproblem für Frauen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Aktuelle Untersuchungen über die Zukunftsvorstellungen von Jungen und Mädchen belegen, dass sich die Vorstellungen beider Geschlechter angleichen: Sie sehen sich gleichermaßen für Erwerbstätigkeit und Familie verantwortlich.

Aus diesen Gründen forderte die Arbeitsgruppe, auf der Ebene des Bundes, der Länder sowie der Kommunen den familienergänzenden und -unterstützenden Angeboten eine hohe finanzielle Priorität einzuräumen.

Dabei wurde es deutlich, dass eine Reihe von Angeboten erst durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel oder durch die Umschichtung von Ressourcen möglich ist.

Gefordert wurden z. B. für den Kreis Unna

- Einrichtung von Familienbüros zur Beratung und Information
- Angebote zur Betreuung junger Familien schon vor bzw. nach der Geburt
- Herausgabe eines Kreis-Elternführers
- Personalverstärkung Fachberatung Tagespflege und transparente Informationspolitik für Eltern
- Ergänzung/Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern für U 3-Betreuung, Bildungsdokumentationen, Sprachförderung
- Tagesbetreuung für „Randzeiten“ – Anpassung an ausgeweitete Arbeitszeiten und Schichtarbeitsplätze
- Bessere Qualifizierung von Tagesmüttern/-vätern für Kinder mit Behinderung
- Ganztagsbetreuung in allen Schulformen mit kostenfreier Verpflegung
- Unterstützung der Grundschulen durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen

Des Weiteren wurde das Bündnis für Familie im Kreis Unna als sehr wichtig betrachtet, dessen Effektivität jedoch als optimierbar angesehen.

Die Teilnehmerinnen wünschten sich für die Zukunft eine Vernetzung und weitere Zusammenarbeit der Politikerinnen und Institutionen, um gemeinsam die Strukturen frauen-/familienfreundlich zu gestalten.

Moderation der AG:

Christel Hauske, Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Holzwickede und  
Gisela Kalt-Sponheuer, Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Bönen